

## Wahlen in Zeiten von „Schuldenbremse“ und „Schutzschirmen“:

### Aus für Bibliotheken, Spielplätze, Grünflächen, ... ???

- ➔ Kassel will gleich drei Bibliotheken schließen. „Der Plan ist Teil des Vertrages, der Kassel den Schritt unter den kommunalen Schutzschirm erlaubt.“ (FR, 29.06.2013)
- ➔ Rodgau, Dreieich und Mainhausen sehen sich gezwungen, „aus ihren Spielplätzen Bauland zu machen.“ (FR, 08.06.2013)
- ➔ „Großkrotzenburg will aus Finanznot öffentliche Grünflächen verkaufen.“ (FR, 28.06.2013)
- ➔ Hanau muss durch die Erhöhung der Kitagebühren 600 000 Euro erzielen, um den Vorgaben des kommunalen Rettungsschirms gerecht zu werden. (HA, 23.05.2013)
- ➔ Fünf Prozent weniger für Jugendarbeit in Hanau wegen Vorgaben des kommunalen Schutzschirms. Betroffen sind nach Sozialdezernent Axel Weiss-Thiel „unverzichtbare Bausteine“. (FR, 20.06.2013)
- ➔ Der Main-Kinzig-Kreis schiebt allein bei den Schulen einen Sanierungs- und Investitionsstau von über 700 Millionen Euro vor sich her, pro Jahr kann er aber nur etwa 20 Millionen aufbringen.
- ➔ Hanau geht es nicht besser. Oberbürgermeister Kaminsky verkündet, dass die Stadt wegen des Rettungsschirms an allen Schulen sparen und Sanierungen noch weiter verschieben muss. (FR, 29.05.2013)
- ➔ Die Frankfurter Uni ist wie die anderen Unis auch „zunehmend auf Drittmittel aus der Wirtschaft angewiesen, da der Staat sich mehr und mehr aus der Finanzierung zurückzieht, während die Zahl der Studierenden steigt.“ (FR, 21.06.2013)



**Das ist nur eine kleine Auswahl aus einer Vielzahl ähnlicher Meldungen. Kann man ernsthaft angesichts der sich darin zeigenden Misere Steuersenkungen fordern, die sich fast immer nur bei Reichen spürbar auswirken?**

**Verrottende Infrastruktur, Alte und Kranke ohne ausreichende Versorgung .... Man würde meinen, dass das ein Signal für die Parteien wäre, endlich konsequent gegen Steuerhinterziehung vorzugehen, diese Straftäter zu bestrafen und Steuerschlupflöcher zu schließen. Das Gebot der Stunde wäre, das immer weitere Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich durch eine korrekte Besteuerung großer Vermögern und Erbschaften zu stoppen.**

Stattdessen entwickeln eine Reihe von Verantwortlichen andere Möglichkeiten:

- ➔ Begründet mit der Schuldenbremse kürzen fast alle Bundesländer bei den Beamten, indem sie das Tarifiergebnis verspätet und unvollständig übertragen. Besonders krass Nordrhein-Westfalen und Bremen: Dort gibt es für die Besoldungsgruppen ab A13 keinerlei Erhöhungen also Nullrunden in den Jahren 2013 und 2014. Die Besoldungsgruppen A11 und A12 erhalten lediglich 1 Prozent Gehaltserhöhung.



Warnstreik der Lehrkräfte in Bremen am 19.06.2013

- ➔ Auch Hessen, das der Tarifgemeinschaft der Länder nicht angehört, hat trotz der anstehenden Wahlen das in Hessen ausgehandelte Tarifiergebnis für die Angestellten nicht auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Die Einmalzahlung wurde gestrichen, die prozentualen Erhöhungen wurden gekürzt und die schon lange ausstehende Übertragung der Verkürzung der Arbeitszeit steht weiter aus.
- ➔ Einsparmöglichkeiten zur Einhaltung der Schuldenbremse sieht der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) bei den Beamtenpensionen. Er muss jährlich 2,5 Milliarden Euro dauerhaft einsparen. (FR, 27. Juli 2013)
- ➔ Schäuble plant bereits seit Monaten ein regelrechtes Horrorszenario für die Zeit nach der Wahl. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel soll von 7 auf 19 Prozent erhöht werden, das Rentenalter soll von 67 auf 69 Jahre heraufgesetzt werden und die Abschläge für vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben sollen von 3,6 auf 6,7 Prozent pro Jahr angehoben werden. (Süddeutsche Zeitung, 21.12.2012 – Spiegel, 22.12.2012 - ...)

**Unter Berücksichtigung der Inflationsraten sind die Realeinkommen der Lehrkräfte seit 1980 um über 20 Prozent gesunken. Auch die Pensionen sind drastisch gekürzt worden. Trotzdem scheinen viele Verantwortliche keine Hemmungen zu haben, die Beamtinnen und Beamten weiter als Sparschweine zur Haushaltssanierung missbrauchen zu wollen.**

**Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Ein kleiner Schritt: wählen zu Bundes- und Landtagswahl!**

Wer sich genauer mit den Wahlprogrammen zu Bundestagswahl auseinandersetzen will, dem sei eine Synopse des DGB auf unserer Homepage empfohlen:

<http://www.gew-hanau.de/category/downloads-zur-gew-info-mail/>

**Impressum:**

Herausgeber:	GEW KV Hanau, DGB-Freiheitsplatz 6, 63450 Hanau
Verantwortlicher Redakteur:	Heinz Bayer, Landgrafenstraße 6, 63452 Hanau
Druck:	Imprinta, Bachstraße 4, 63179 Obertshausen